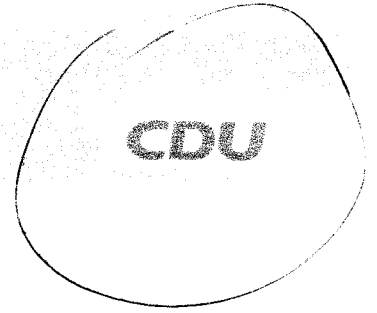


Oberried



CDU Oberried - Hauptstr. 56 - 79254 Oberried

Herrn
Dr. Wulf Raether
Burger Platz 1
79199 Kirchzarten

06.04.2014

Mehr Natur- und Umweltschutz in den Kommunen des Dreisamts

Ihr Schreiben vom 24. März

Sehr geehrter Herr Dr. Raether,

zunächst darf ich mich im Namen der Gemeinderatskandidatin und der Gemeinderatskandidaten der CDU in Oberried für Ihr Schreiben und für Ihren Fragebogen bedanken.

Nachdem wir im KandidatInnen-Kreis über Ihren Fragebogen diskutiert haben, darf ich im Namen der Gruppe auf diesem Weg antworten.

Ihnen ist sicher auch bewußt, dass die von Ihnen gestellten Fragen nicht einfach mit „ja“ oder „nein“ zu beantworten sind - gerade dann nicht, wenn man die von Ihnen aufgeführten Themenblöcke differenziert und seriös betrachtet. Durch meine Gespräche mit Ihrem Landesvorsitzenden Dr. Baumann, weiß ich sehr wohl, dass auch der NABU nicht aus Naturschutz-Lobbyisten besteht, die sich den Rahmenbedingungen der politischen Gestaltung verschließen.

Leider lässt die einfache, von Ihnen geforderte Beantwortung der Fragenblöcke eine seriöse Darstellung unserer Ziele für die Gemeinde Oberried nicht ohne weiteres zu. Wir werden daher auf diesem Weg Stellung zu Ihren Fragen nehmen. Wir hoffen zugleich darauf, dass Sie unsere Antworten in dieser Form ebenso fair und ehrlich auswerten und in Ihrem Verband diskutieren.

In Ihrem ersten Fragenblock beziehen Sie sich auf das Thema „mehr Natur in der Gemeinde“. Die Bewahrung der Schöpfung, die für uns auch einschließt, dass wir auch innerhalb der Siedlungsfläche Raum für die Natur schaffen, ist auch uns ein Anliegen. Die Fragen eins bis fünf sehen wir uns daher im Einklang mit den Zielen, die aus Ihren Fragen hervor gehen. Dies gilt auch für die Frage Nr. 8.

Im Hinblick auf ein Artenschutzprogramm sind wir der Auffassung, dass ein in der Folge abzuarbeitendes Programm für den Schutz der benannten Tierarten nicht der richtige Weg ist. Wir sind der Auffassung, dass man mit entsprechenden Vorgaben die Bürgerinnen und Bürger nicht in der Sache überzeugen kann. Nach unserer Meinung wäre ein Artenschutzleitbild, das auf einer transparenten und auf gegenseitiger Information beruht, ein

nachhaltiger Weg. Hierzu würden wir sehr gerne mit Ihnen als Verband zusammenarbeiten und vor allem die Betroffenen (Landwirte und Gebäudeeigentümer) für die Erstellung eines Leitbildes direkt ansprechen – selbstverständlich nicht ohne die darüber hinaus interessierte Bevölkerung einzubeziehen. Wir glauben, dass ein derartiges gemeinsames Vorgehen, im Rahmen dessen die Expertise des NABU eingesetzt werden kann, ein nachhaltiger Weg ist, da er gleichzeitig auch der Umweltbildung dient.

In welchem Umfang die Gemeinde in den kommenden Jahren die Möglichkeit hat, Amphibien-Gewässer neu anzulegen, können wir aus heutiger Sicht noch nicht beurteilen, in jedem Fall werden wir uns zusammen mit den Mitgliedern der anderen politischen Gruppierungen sowie mit der Verwaltung dafür einsetzen. Die Einrichtung eines Ökokontos halten wir für sinnvoll, vor allem dann, wenn damit die Möglichkeit geschaffen werden kann, auch Kompensationsmaßnahmen im Gemeindegebiet zu bündeln und somit auch größere Projekte umsetzbar werden.

Mit Blick auf den Themenblock „Mehr Natur im Kommunalwald“ ist aus unserer Sicht eine einfache „ja“- oder „nein“-Antwort nicht vertretbar. Diese Festlegung treffen wir auch vor dem Hintergrund der Beantwortung eines Antrags der Landtagsfraktion von Bündnis 90/ die Grünen durch die Landesregierung. In der Beantwortung des Antrags mit dem Titel „Energieholznutzung und Klimaschutzziele“ (Drs. 15/4310) wird deutlich, dass durch die Einführung der Zertifizierungsvorgaben nach den dt. FSC-Standards ca. 20% des Nichtderbholzes im Wald verbleiben müssen und nicht mehr für eine Nutzung verfügbar sind. Die betroffenen Holzanteile umfassen im Wesentlichen energetisch nutzbare Hölzer. Abgesehen von den Nachteilen, die durch dieses Verbot gerade auch in der praktischen Umsetzung entstehen, sehen wir vor allem einen Konflikt zwischen Naturschutzzielen auf der einen und Klimaschutzziele auf der anderen Seite. Wir als KandidatInnen der CDU sprechen uns für eine verstärkte Holznutzung aus – sowohl stofflich zur Substitution von anderen Rohstoffen, z.B. beim Bau, als auch energetisch zur Substitution von fossilen Energieträgern und der auf Kernkraft basierenden Energieerzeugung. Wir wollen uns für eine regionale Nahwärmeversorgung in der Gemeinde einsetzen. Dabei bedeutet der Begriff „Regionalität“ für uns nicht nur, dass die Erzeugung und Verteilung der Energie vor Ort stattfindet, sondern dass auch nachwachsende Rohstoffe – in unserem Fall Holz aus den Wäldern der Gemeinde – aus der Region hierfür verwendet werden sollen. Die Zertifizierung der Gemeindewälder nach FSC-Standards steht diesem Ziel entgegen. Ebenfalls kritisch sehen wir die Festlegungen, die die FSC-Standards im Hinblick auf die Baumartenauswahl vorschreiben. Dabei geht es uns jedoch nicht um die Anteile zwischen Laub- und Nadelbäumen. Vielmehr setzen wir uns mit der Frage nach den Anteilen z.B. der Baumart Douglasie auseinander. Die Vorgaben von FSC sehen die Douglasie als Neophyt. Es ist jedoch wissenschaftliche Erkenntnis, dass die Douglasie präglazial in Mitteleuropa heimisch war. Auch hier sehen wir eine Unvollkommenheit bei den FSC-Standards, dies gerade auch mit Blick auf die Klimastabilität ausgewogener Mischwälder.

Das Alt- und Totholzkonzept im Kommunalwald soll nach unserem Verständnis fortgesetzt werden. Darüber hinaus wollen wir uns für eine Fortführung der naturnahen Waldbewirtschaftung einsetzen und wollen auch für die Plenterwaldbewirtschaftung werben, wo diese sinnvoll und umsetzbar ist.

In Ihrem Fragenblock „Mehr Natur in Feld und Flur“ sprechen Sie vorwiegend Eigentümer von landwirtschaftlich genutzten Grundstücken an. Die direkte Gestaltung durch die Kommune ist daher nur in sehr geringem Umfang möglich. Dies gilt auch für die Schaffung von finanziellen Anreizen. Wir sind der Meinung, dass es durchaus Themenfelder gibt, bei denen die Kommune Einfluss nehmen kann. Wir wissen aber auch, dass eine Vermischung von Aufgaben, die unterschiedlichen Verwaltungsebenen zugeordnet sind, nicht selten zu einem Aufbau von Bürokratie und Kontrollmechanismen führt und neben personellen auch finanzielle Ressourcen bindet oder verbraucht, die an anderer Stelle sinnvoller und zielführender eingesetzt werden können.

Dies gilt auch für Bereiche, die von der Naturschutzstrategie des Landes erfasst sind und für die das Land und teilweise auch der Bund und die EU entsprechende Anreiz- oder Fördersysteme bereithält. Aus diesem Grund setzen wir uns als CDU KandidatInnen in diesem Themenfeld dafür ein, dass eine fundierte Information der Landwirte über das Maß der behördlichen Information hinaus stattfinden sollte. Dies gilt hinsichtlich des Erhalts von Lebensräumen für Wildbienen, Schmetterlinge und andere Arten genauso wie für den Erhalt und die Pflege von Streuobstwiesen. Auch hier können wir uns eine Zusammenarbeit mit Ihrem Verband vorstellen und schlagen vor, dass wir uns nach den Kommunalwahlen gemeinsam Gedanken über eine konkrete Umsetzung von entsprechenden Vorhaben machen. Mit einem deutlichen „ja“ sprechen wir uns für eine Siedlungsflächenpolitik nach dem Grundsatz „Netto null“ aus und sehen hier auch einen engen Zusammenhang mit dem Ziel der Förderung regionaler Produkte aber auch mit den tourismuspolitischen Rahmenbedingungen in Oberried.

Der Erhalt und die Förderung der FFH- und Natura 2000 Flächen sehen wir als selbstverständlich an. Soweit dieser Themenbereich in die Aufgabenstellung im Rahmen einer Gemeinderatstätigkeit fällt, werden wir als CDU KandidatInnen hier unterstützen und dafür werben. Wir sehen sehr wohl die Bedeutung der unterschiedlichen Habitate für die Artenvielfalt in unserer Natur. Auch sie sind Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung in unserer Gemeinde. Überdies schafft der Erhalt und Förderung von Natura 2000 Flächen eine zusätzliche Attraktivität unserer Umgebung. Dies sehen wir auch im Zusammenhang mit den Alt- und Totholzflächen in unseren Wäldern.

Im Hinblick auf die „Energiewende vor Ort“ verweisen wir Sie sehr gerne auf unsere Initiative aus dem Jahr 2012. Als CDU Gemeinderäte haben wir den damaligen Bürgermeister zur sukzessiven Umstellung der öffentlichen Beleuchtung auf LED-Technik aufgefordert. Die Umstellung wurde in der Folge gestartet und orientiert sich natürlich an den technischen und finanziellen Voraussetzungen in der Kommune. Bei der Beantwortung der Fragen zum Kommunalwald haben wir Ihnen bereits unsere Ziele hinsichtlich des Einsatzes erneuerbarer Energien dargelegt. Aus unserer Sicht macht hier die einseitige Festlegung auf ausschließlich Photovoltaik und Windkraft wenig Sinn. Nach unserer Ansicht ist ein Mix aus unterschiedlichen Energieträgern sowie die Einsparung von Energie wo immer möglich der richtige Weg. Wir setzen uns daher für eine naturnahe und ordnungsgemäße, nachhaltige Bewirtschaftung der Kommunalwälder und die dadurch mögliche Nutzung von Holz für Bauvorhaben und für die Wärmeerzeugung ein. Neben den Vorteilen, die die Regionalität hierbei mit sich bringen, ist dies für uns auch aus Gründen der CO₂ Speicherung und – Vermeidung ein sinnvoller Weg – bis hin zu den ökonomischen Auswirkungen für und in der Gemeinde und dem Erhalt sowie der Schaffung von Arbeitsplätzen.

Es ist unser Ziel, wirtschaftliche Ziele mit ökologischen Zielen in Einklang zu bringen, um Oberried für die Bürgerinnen und Bürger und für Touristen in unserer Gemeinde attraktiv zu gestalten. Wir wollen nicht, dass unsere Gemeinde eine reine Schlafgemeinde wird. Hierzu gehört es auch, dass wir uns gegen die energetisch fragwürdige Sanierung von Altbaugebäuden der öffentlichen Hand aussprechen – dies nicht nur mit Blick auf die Energieeinsparungspotenziale neuer Gebäudetechnologien sondern auch mit Blick auf Folgekosten bei Altbauinstandsetzungen.

Wir setzen uns dafür ein, dass Oberried eine Kommune bleibt, in der es sich zu leben lohnt, in der das Miteinander im Zentrum steht – dies gilt für Mensch und Natur, die auch für Gäste reizvoll bleibt und in der auch Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden, damit die Gemeinde auch für junge Familien attraktiv bleibt und in der auch regionale Wertschöpfung erhalten bleibt. Dies auch, um letztlich die Natur- und Umweltschutzziele in der Gemeinde finanzieren zu können. Denn wir wollen diejenigen Vorhaben, die wir selbst gestalten können nicht ausschließlich von vereinheitlichten staatlichen Subventionen abhängig wissen, sondern ausgewogen und auf die Verhältnisse vor Ort anpassen können.

Unser Ziel ist es, einen ausgewogenen und nachhaltigen Weg für ein Miteinander von Mensch und Natur gehen zu können. Dazu gehören auch Kompromisse und Lösungen, die umsetzbar sind und die die Bürgerinnen und Bürger in der Gemeinde überzeugen und von ihnen mitgetragen werden. Der Begriff "Nachhaltigkeit" beschreibt für uns nicht nur eine Dimension und vor allem beginnt die Nachhaltigkeit im Umdenken der Menschen.

Sehr geehrter Herr Raether, die politische Arbeit besteht, wie Sie auch wissen, nicht nur aus "Ja" und "Nein" Beurteilungen. Um sinnhaft arbeiten zu können, braucht es an vielen Stellen sehr differenzierte Betrachtungen, gute Argumente und keine Polarisierung sondern ein Miteinander auf vielen Ebenen. Dafür treten wir ein und dafür werben wir.

Freundliche Grüße aus Oberried



Dr. Patrick Rapp